

Brüssel Aktuell 19/2016

6. bis 13. Mai 2016

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Beihilfe I: Genehmigung des Rates begründet keinen Vertrauensschutz

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat in seinem [Urteil](#) vom 22. April entschieden, dass staatliche Beihilfen in Form von Steuerbefreiungen zurückzufordern sind, selbst wenn die Steuerbefreiungen vom Rat der Europäischen Union genehmigt waren. Hintergrund waren Verfahren aus 2006 gegen eine Entscheidung der EU-Kommission, dass vom Rat durch [Entscheidung 2001/224/EG](#) genehmigte Verbrauchssteuerbefreiungen auf die bei der Tonerdegewinnung verwendeten Mineralöle in Irland, Italien und Frankreich mit dem Binnenmarkt unvereinbare Beihilfen darstellten...

Beihilfe II: EEG-Gesetz 2012 beinhaltet unzulässige staatliche Beihilfen

Das Gericht der Europäischen Union (EuG) hat mit Urteil vom 10. Mai in der [Rechtssache T-47/15](#) entschieden, dass das [Erneuerbare-Energien-Gesetz aus dem Jahr 2012](#) (EEG 2012) staatliche Beihilfen umfasste.

Das Urteil hat damit einen Beschluss der EU-Kommission, dem zufolge die deutsche Einspeisevergütung europarechtlich als Beihilfe eingestuft wird, bestätigt und stellt so möglicherweise eine Abkehr von der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) im [Urteil PreussenElektra AG](#) von 2001 dar...

Breitbandinfrastruktur: Kommission untersucht Vectoringpolitik der Telekom

Am 10. Mai [eröffnete](#) die EU-Kommission eine Untersuchung zur geplanten Entscheidung der Bundesnetzagentur, der Deutschen Telekom AG künftig den Vectoring-Ausbau im Nahbereich zu genehmigen. Das bis zu drei Monate dauernde Verfahren besteht in intensiven Diskussionen der untersuchenden Kommission mit der deutschen Bundesnetzagentur und dem Gremium Europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (engl. BEREC)...

Dienstleistungsfreiheit: Konsultation zu grenzüberschreitenden Dienstleistungen

Bis zum **26. Juli 2016** besteht die Möglichkeit, sich an der öffentlichen Konsultation der EU-Kommission zum „Vorschlag zur Einführung eines Dienstleistungspasses und zum Abbau regulatorischer Hindernisse in der Bau- und Unternehmensdienstleistungsbranche“ zu beteiligen. Gegenstand der Konsultation ist u. a. der im Oktober 2015 mit der Binnenmarktstrategie angekündigte Dienstleistungspass (vgl. [Brüssel Aktuell 39/2015](#)) der die Prüfung der Qualifikation eines ausländischen Dienstleisters durch die nationalen Behörden erleichtern soll...

Mobilfunkfrequenzen für Breitbandausbau: Kommission gibt 700-MHz-Band frei

Am 28. April nahm die EU-Kommission einen [Durchführungsbeschluss](#) mit technischen Anhängen zur Harmonisierung des Frequenzbands 694-790 MHz für terrestrische Systeme, die drahtlose breitbandige elektronische Kommunikationsdienste erbringen können, und für eine flexible nationale Nutzung in der EU an. So soll auch im ländlichen Raum der breitbandige Internetausbau vorangebracht werden...

Umwelt, Energie und Verkehr

European Green Capital und European Green Leaf Award: Bewerbungsportal offen

Bis zum **3. November 2016**, 16.00 Uhr, können sich Großstädte für den European Green Capital Award (EGCA) 2019 und mittelgroße Städte für den European Green Leaf Award (EGLA) 2018 [bewerben](#). Beide [Auszeichnungen](#) richten sich an Städte, die eine beispielhafte Umweltbilanz, umweltfreundliches Wachstum sowie das Umweltbewusstsein ihrer Bürger fördern...

Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

Kohäsionspolitik in Berggebieten: Parlament veröffentlicht Bericht

Der Ausschuss für regionale Entwicklung (REGI) des EU-Parlaments veröffentlichte am 10. Mai seine [Entschließung](#) zur „Kohäsionspolitik in Berggebieten der EU“. Darin betonen die Abgeordneten, dass Berggebiete bisher nicht ausdrücklich in der EU-Regionalpolitik definiert und berücksichtigt werden und schlagen deshalb diesbezüglich eine Vielzahl an Maßnahmen vor...

Kohäsionspolitik: Parlament zeigt Optimierungspotenzial bei ITI und CLLD auf

Am 10. Mai verabschiedete das Europäische Parlament eine [Entschließung](#) über die Instrumente der „Integrierten territorialen Investitionen“ ([ITI](#)) und den „Von der Bevölkerung betriebenen Maßnahmen zur lokalen Entwicklung“ ([CLLD](#)), die im Rahmen der Förderperiode 2014 bis 2020 eingeführt bzw. erweitert wurden (vgl. Brüssel Aktuell 32/2014). Das Parlament äußerte sich grundsätzlich positiv über die Instrumente, die eine stärkere Einbindung und Beteiligung der lokalen und regionalen Ebenen bei der Umsetzung der Förderpolitik bewirken sollten...

EU-Städteagenda: Fünfter Entwurf des Pakts von Amsterdam veröffentlicht

Der fünfte [Entwurf](#) des operativen Rahmens der EU-Städteagenda, der „Pakt von Amsterdam“, wurde kürzlich veröffentlicht (zuletzt Brüssel Aktuell 15/2016). Darin findet der Begriff „Urban Authority“ Verwendung, der je nach nationaler Zuständigkeit ausgelegt werden kann. Damit bezieht sich die Städteagenda in Baden-Württemberg, Bayern und Sachsen auf Städte, Gemeinden und Landkreise, aber auch auf die Regionalverbände...

Gemeinsames Europäisches Asylsystem: Kommission legt Reformvorschläge vor

Am 4. Mai legte die Kommission drei Verordnungsvorschläge zur Umsetzung einzelner Optionen vor, die sie zuletzt in einer [Mitteilung](#) skizziert hatte (vgl. Brüssel Aktuell 14/2016). Der [Vorschlag](#) zur Novelle der Dublin-Verordnung hält am Grundsatz fest, dass der Asylantrag im Land der ersten irregulären Einreise bzw. des legalen Aufenthalts zu stellen ist. Er sieht jedoch einen Korrekturmechanismus bei besonderem Migrationsdruck samt Solidarbeitrag vor. Daneben umfasst er v. a. Regeln zur Verfahrensbeschleunigung und Vermeidung von Sekundärmigration. Der [Vorschlag](#) zur Novelle der EURODAC-Verordnung zielt auf den Ausbau der Fingerabdruck-Datenbank ab und der [Verordnungsvorschlag](#) „über die Asylagentur der Europäischen Union“ auf die Aufwertung des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen (EASO)...

Schengen-Raum I: Kommission schlägt Visumfreiheit für Kosovaren und Türken vor

Am 4. Mai legte die EU-Kommission zwei Vorschläge zur Änderung der EU-Visumverordnung (EG) Nr. [539/2001](#) vor, um den [Kosovo](#) bzw. die [Türkei](#) in die Liste der Drittländer aufzunehmen, deren Staatsangehörige für Kurzaufenthalte von bis zu 90 Tagen von der Visumpflicht befreit sind (vgl. Brüssel Aktuell 17/2016)...

Schengen-Raum II: Verlängerung von Binnengrenzkontrollen um max. sechs Monate

Am 4. Mai unterbreitete die EU-Kommission dem Rat den [Vorschlag](#), eine Empfehlung für vorübergehende Binnengrenzkontrollen in außergewöhnlichen Umständen zu verabschieden. Da das Funktionieren des Schengen-Raums weiterhin gefährdet sei, sollen demnach Dänemark, Deutschland, Österreich, Norwegen und Schweden an bestimmten Schengen-Raum-Binnengrenzen verhältnismäßige Kontrollen für einen Zeitraum von höchstens weiteren sechs Monaten fortsetzen...

Flüchtlings-, Integrations-, Rückkehr- und Außengrenzenfonds: Konsultation gestartet

Bis **9. August 2016** führt die EU-Kommission sechs englischsprachige [Konsultationen](#) zu Maßnahmen durch, die durch die Vorgänger-Einzelfonds des gegenwärtigen Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) finanziert wurden...